

Solidarität mit dem Tarifkampf im Öffentlichen Dienst

Beschluss des Kreisparteitages der LINKEN Marburg-Biedenkopf, 11. Oktober 2020

Noch vor Wochen wurden Krankenschwestern, Busfahrer, Müllmänner und Erzieherinnen als Alltagshelden beklatscht. Sie waren es, die während des Lockdowns unter großem persönlichen Einsatz die Gesellschaft am Laufen hielten, die unter Beweis gestellt haben, wer systemrelevant ist.

Eine Bereitschaft, diese Wertschätzung auch durch eine deutliche Verbesserung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen unter Beweis zu stellen, scheint aber bei den Arbeitgebern nicht vorhanden zu sein. Das zeigen zwei Tarifaussensetzungen im Öffentlichen Dienst, die im September begonnen haben.

Seit September kämpfen die 2,3 Mio. Beschäftigten von Bund und Kommunen zusammen mit der Gewerkschaft ver.di für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,8 Prozent und mindestens 150 Euro sowie der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro.

Außerdem versuchen die 87.000 Beschäftigten der kommunalen Verkehrsbetriebe mit Warnstreiks einen bundesweit einheitlichen Manteltarifvertrag durchzusetzen. Während die Fahrgastzahlen zunehmen, ist der Personalbestand im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) seit 1998 um 18 Prozent gesunken. Die Klimakrise erfordert eine Verkehrswende und den massiven Ausbau des ÖPNV. Mehr Personal wird es aber nur geben, wenn Löhne erhöht und die Arbeitsbedingungen (Arbeits- und Urlaubszeiten) verbessert werden.

Die Arbeitgeber haben bisher die Forderungen der Gewerkschaft ver.di abgelehnt mit der Begründung, die öffentlichen Kassen seien leer und alle müssten Opfer wegen Corona bringen.

Die LINKE.Marburg-Biedenkopf

- solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienst in ihrem Tarifkampf und fordert die Arbeitgeber auf, die Forderungen der Gewerkschaft ver.di anzunehmen;
- bittet die Bürger*innen in unserem Landkreis, sich auch bei Streiks solidarisch zu zeigen, selbst wenn es dadurch kurzfristig zu Beeinträchtigungen kommt, da sie der Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber geschuldet sind;
- fordert die Stadt Marburg, den Landkreis und die anderen Gemeinden auf, sich im kommunalen Arbeitgeberverband für einen Tarifabschluss im Sinne der Beschäftigten einzusetzen;
- kämpft für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und des Bundes, durch die Erhebung einer Vermögensteuer, die höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen, die Abschaffung der Schuldenbremse und den Stopp der Erhöhung des Rüstungshauhaltes;
- sieht in einem erfolgreichen Tarifkampf im Öffentlichen Dienst auch Rückenwind für die Beschäftigten in den privatisierten und ausgegliederten Verkehrsbetrieben, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, um dort und in den der gesamten Privatunternehmen bessere Arbeitsbedingungen und Gehälter durchzusetzen;
- ruft ihre Mitglieder und Sympathisant*innen auf, Mitglied in den Einheitsgewerkschaften zu werden, um damit den Kampf für die Interessen der Arbeiter*innen und Angestellten zu stärken.